



<b>Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt</b> <b>am 28.10.2014</b>		öffentlich		
		Vorlagen-Nr.: FB 3/064/2014		
Nr. 5 der TO				
Dez. I	FB 3: Planen und Bauen	Datum:		13.10.2014
FBL / stellv. FBL	FB Finanzen	Dezernat I / II	Der Bürgermeister	
<b>Beratungsfolge:</b>				
Gremium:	Datum:	TOP	Zuständigkeit	Bemerkungen:
Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt	28.10.2014		Entscheidung	

**Beratungsgegenstand:**

**Verkehrssituation des nichtmotorisierten Verkehrs im Bereich Berufsschulparkplatz  
Fraktionsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 10.10.2014**

**I. Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit dem Kreis Coesfeld zu führen, mit dem Ziel, die Verkehrssituation für den nichtmotorisierten Verkehr (Fußgänger, Radfahrer, Benutzer von Rollstühlen und Rollatoren) im Bereich des Berufsschulparkplatzes zu erleichtern. Über die Gesprächsergebnisse soll in einer der nächsten Ausschusssitzungen berichtet werden.

**II. Rechtsgrundlage:**

GO NW, Zuständigkeitsordnung des Rates

**III. Sachverhalt:**

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen weist in ihrem Fraktionsantrag vom 10.10.2014 auf das Erfordernis hin, die derzeitige Verkehrssituation im Bereich des Berufsschulparkplatzes für Radfahrer, Fußgänger und Benutzer von Hilfsmitteln (Rollstühle und Rollatoren) zu verbessern.

Insbesondere wird die erfolgte Aufstellung von Umlaufschranken im Bereich des erneuerten Berufsschulparkplatzes, am westlichen steverseitigen Ende problematisiert.

Ein Passieren dieser Umlaufschranken, welche nicht der Empfehlung für Radverkehrsanlagen (ERA) entsprechen, sei für Radfahrer bzw. Fahrradanhänger und Rollstuhlfahrer nur schwer bzw. gar nicht passierbar.

Es wird angeregt, den Parkplatzbereich als öffentliche Verkehrsfläche auszuweisen, damit diese von der Allgemeinheit genutzt werden kann.

Bezüglich weiterer inhaltlicher Einzelheiten wird auf den als Anlage beigefügten Fraktionsantrag verwiesen.

Baulastträger des Berufsschulparkplatzes ist der Kreis Coesfeld. Die Verwaltung sieht es als erforderlich an, zunächst Gespräche mit der Kreisverwaltung Coesfeld zu führen.

Anlage: Fraktionsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 10.10.2014